

Rechtsbeistand für die Guarani Kaiowá im Landkampf

Situation

Die indigene Gemeinschaft der Guarani-Kaiowá lebt in Mato Grosso do Sul auf engstem Raum. GrossgrundbesitzerInnen und transnationale Konzerne bauen auf dem angestammten Land der Guarani-Kaiowá in grossen Monokulturen Soja für den Export und Zuckerrohr für die Produktion von Agro-Treibstoffen an. Den Menschen bleibt nicht genügend Land, um sich zu ernähren, so dass sie auf staatliche Nothilfe in Form von monatlichen Warenkörben angewiesen sind.

Zwar garantiert die brasilianische Verfassung den Guarani-Kaiowá das Recht auf ihr angestammtes Land, aber die Umsetzung des Verfassungsauftrags gestaltet sich schwierig. Der Territorialkonflikt ist nach wie vor ungelöst und hat sich in den letzten Jahren verschärft: Mehr als die Hälfte der Gewalttaten und Morde im Rahmen von Landkonflikten mit indigenen Bevölkerungsgruppen betrifft die Guarani-Kaiowá. In den letzten 30 Jahren wurden in Mato Grosso do Sul mehr als 200 indigene MenschenrechtsverteidigerInnen umgebracht.

Etwa 8000 Jugendliche bis 26 Jahre arbeiten unter sehr schlechten Bedingungen als ZuckerrohrschneiderInnen oder als ArbeiterInnen in den Ethanol-Fabriken. Es herrscht grosse Perspektivenlosigkeit und die Selbstmordrate unter den Jugendlichen ist erschreckend hoch: Zwischen 2000 und 2014 haben sich mindestens 707 Indigene in Mato Grosso do Sul das Leben genommen. Dramatisch ist auch die Ernährungssituation der Kinder: Jährlich sterben durchschnittlich 41 von 1000 Kindern an Unter- oder Fehlernährung. Zwischen 2010 und 2012 sind 118 indigene Kinder bei der Geburt gestorben, 208 vor dem ersten Geburtstag und 87 vor dem sechsten Lebensjahr.





Ziele

Ziel ist es, die Guaraní-Kaiowá in Mato Grosso do Sul in ihren juristischen und politischen Forderungen zur Durchsetzung ihrer Rechte auf Nahrung und Territorium zu unterstützen und damit wesentliche Voraussetzungen zur Verbesserung ihrer Lebensbedingungen zu schaffen.

Spezifische Ziele:

- Entwicklung und Umsetzung einer Strategie in Zusammenarbeit mit den Guaraní-Kaiowá und den Kooperationspartnern, um das rechtliche Verfahren vor der Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte (IKM) nach der Einreichung der Petition gegen den brasilianischen Staat zu überwachen.
- Entwicklung und Umsetzung einer Strategie in Zusammenarbeit mit den Guaraní-Kaiowá für die Advocacy- und Lobbyarbeit auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene.

Zielgruppe

Insgesamt werden etwa 62 544 Guaraní-Kaiowá aus 32 verschiedenen Gemeinschaften durch das Projekt begünstigt. Mit der Klage bei der Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte betreffend Verletzung des Menschenrechts auf Nahrung und Territorium sollen die Guaraní-Kaiowá ihr angestammtes Land zurückerkhalten und mit staatlicher Unterstützung dauerhaft sichern. Da es sich dabei um kollektive Rechte handelt, profitieren Frauen wie Männer gleichermaßen. Weiter sollen für 1260 Guaraní-Kaiowá aus vier Gemeinschaften konkrete Massnahmen zum Schutz vor gewalttätigen Übergriffen umgesetzt werden.

Aktivitäten

Eingabe einer Rechtsklage und Einforderung von Schutzmassnahmen für bedrohte AnführerInnen und Familien: Der Schwerpunkt liegt auf der Aufbereitung und Einbringung eines konkreten Falles von Menschenrechtsverletzung gegenüber den Guaraní-Kaiowá bei der Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte (IKM) in Washington. Der rechtsgültige Entscheid der IKM würde Brasilien verpflichten, die Territorien der Guaraní-Kaiowá anzuerkennen und deren Zugang zu besagtem Land zu gewährleisten.

Die Hauptaktivitäten für die Eingabe des Falles sind die Aufarbeitung von Fallbeispielen und Zeugenaussagen sowie die ständige Aktualisierung der Informationen zur Situation. Um auf die Gewalt gegen die Guaraní-Kaiowá zu reagieren – davon betroffen sind zum einen ihre AnführerInnen und zum anderen NGOs, welche die Guaraní-Kaiowá unterstützen – wird im Rahmen des Projektes ein Warnsystem hinsichtlich gewalttätiger Attacken aufgebaut.

Erhöhung des politischen Drucks auf die brasilianische Regierung: Die Verhandlungsergebnisse aus dem Prozess werden genutzt, um die Advocacy- und Lobbyarbeit in Brasilien zu unterstützen und den Druck auf die Regierung zu erhöhen. Diese hat bisher nämlich keinerlei Anstalten gemacht, die bereits 2007 beschlossenen Massnahmen zur Ausweisung und Anerkennung der Territorien der Guaraní-Kaiowá umzusetzen.



Bekanntmachung der Situation der Guaraní-Kaiowá als repräsentatives Beispiel für den Kampf zur Durchsetzung des Menschenrechts auf Nahrung und Territorium für indigene Gemeinschaften: Die Informationen zum Fall der Guaraní-Kaiowá werden an die Rechtskomitees der relevanten UNO-Menschenrechtsinstanzen weitergeleitet und gleichzeitig durch Lobbyveranstaltungen und regelmässige nationale und internationale Pressemitteilungen zum Fall der Guaraní-Kaiowá ergänzt.

Partnerorganisation

Das «FoodFirst Information- and Action-Network» (FIAN) setzt sich weltweit für das Recht auf angemessene Ernährung ein, schwerpunktmässig auf der Basis internationaler Rechtsabkommen, vor allem auf der Grundlage des UNO-Sozialpaktes. Das «FIAN»-Netzwerk hat Mitglieder und nationale Sektionen in 60 Staaten Afrikas, Asiens, Europas und Lateinamerikas.

Projektfortschritt

Am 11. April 2017 bestätigte die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte (IKM) offiziell den Empfang der im Dezember 2016 eingereichten Rechtsklage. Darauf begann die erste Prüfung der Klage durch die IKM. «FIAN International» verfolgt die Entwicklung dieser Klage und setzt sich mittels verschiedener Aktivitäten für die Einhaltung der Rechte der Guaraní-Kaiowá ein.

2018 hat sich die sozio-politische Polarisierung der brasilianischen Gesellschaft weiter verschärft. «FIAN Brasilien» musste seine lokalen Partner besonders vorsichtig begleiten, um ihre indigenen MenschenrechtsverteidigerInnen vor noch stärkeren Gefahren zu schützen. Diverse juristische Interventionen waren nötig im Zusammenhang mit drohenden gewaltsamen Vertreibungen von Guaraní-Familien von ihrem Land. Zudem wurde eine internationale Reise zur Untersuchung der Handelsbeziehungen von europäischen Unternehmen und Staaten in der Region Mato Grosso do Sul und deren Auswirkungen auf die Menschenrechte der Guaraní organisiert. Schliesslich wurde auch eine Anzeige erstattet wegen der rechtswidrigen Verhaftung einer Menschenrechtsverteidigerin der Guaraní während einer gewaltsamen Aktion der Polizei und privater Milizen.

Land, Region, Stadt:

Brasilien, Mato Grosso do Sul

Projektsumme 2019:

CHF 135 600.–

HEKS-Nr.: 812.369

Programmverantwortung:

Manuel Gysler

Kontakt:

HEKS Kommunikation

Projektdienst

Seminarstrasse 28

8042 Zürich

Tel.: +41 44 360 88 10

E-Mail: projektdienst@heks.ch

Spenden: PC 80-1115-1

www.heks.ch